

# Klimashow – und viel Klein-Klein



**Der Autor**  
Gerhard Timm ist Bundesgeschäftsführer des BUND.

Seit zwei Jahren ist die Große Koalition nun an der Regierung. Eine umweltpolitische Zwischenbilanz zur Halbzeit der Wahlperiode.

**W**eit stärker, als zu erwarten war, sind der Klimaschutz und mit ihm die Energiepolitik ins Zentrum der bundespolitischen Arena gerückt. Verschiedene Ereignisse und Umstände (Stern-Report, Bericht des Weltklimarats, Wetterextreme) haben dazu geführt, dass das Thema im Laufe dieses Jahres mehr und mehr zu einem Profilierungsthema der Bundesregierung geworden ist. Gerade international hat sie dabei eine gute Figur gemacht und die Debatte substantiell vorangebracht.

Innenpolitisch resultiert diese Politik in nicht geringem Maße aus der spezifischen Regierungskonstellation: In der großen Koalition hat die SPD – und vor allem ihr Umweltminister Sigmar Gabriel – den Klima- und Umweltschutz in Form einer »ökologischen Industriepolitik« zum Zukunftsthema ausgebaut. Damit greift sie eine Sorge der Bevölkerung auf, die sich bei Umfragen in großer Zustimmung für einen besseren Klimaschutz niederschlägt. Auch die Bundeskanzlerin, die der Umweltpolitik ohnehin nicht fernsteht, hat erkannt, dass sie das Thema nicht der SPD überlassen darf. Der Umweltminister wiederum weiß, dass er sich besser mit der Kanzlerin als gegen sie profilieren kann. So wird er nicht müde, Angela Merkel durch die Betonung »Klimaschutz ist Chefsache« einzubinden. Dies führt insgesamt zu einer intensiveren politischen Umweltrhetorik als unter Rot-Grün.

Der Beweis, dass daraus auch eine nachhaltige Politik resultiert, steht allerdings noch aus. Denn immer, wenn es konkret wurde (Emissionshandel, CO<sub>2</sub>-Minderungsziele im Verkehr etc.), outete sich die Regierung als Sachwalterin von Interessen der Alt-Industrie, die in Brüssel schärfere Normen zu verhindern suchte. Auch dass die Umweltverbände nicht zum Energiegipfel eingeladen waren, offenbart mangelnden Veränderungswillen. Dankbar sind wir der SPD für ihr klares Festhalten am Atomausstieg; wir hoffen, dass sie dauerhaft bei dieser Linie bleibt. Die jüngsten Störfälle in Atomkraftwerken dürften dies erleichtern.

Wir werden die Koalition nach Kräften unterstützen, etwas für den Klimaschutz zu erreichen. Doch eine Politik, die nur auf neue Technologien setzt, greift zu kurz. Dazu ist auch ein Wandel unseres Lebensstils nötig. Maßgeblich bleiben gleichwohl die Reduktionsziele 40% CO<sub>2</sub> bis 2020 und 80% CO<sub>2</sub> bis 2050. Mit jedem neuen Kohlekraftwerk rücken sie in weitere Ferne. Hier ist entschiedener Widerstand geboten.

## Was kommt zu kurz?

Im Schatten des Megathemas Klimaschutz drohen andere umwelt- und naturschutzpolitische Themen an öffentlicher Aufmerksamkeit zu verlieren. Die Föderalismusreform von 2006 wird derzeit umgemünzt in das Kleingeld eines Umweltgesetzbuches. Die Länder und auch die Bundesregierung (mit Ausnahme des Umweltministeriums) scheinen dies nutzen zu wollen, um Umweltstandards zu senken. Wirklich bedrohlich wird dieser Prozess vermutlich erst nach der internationalen Konferenz zur biologischen Vielfalt, die nächsten Mai in Bonn stattfindet. Bis dahin wollen auch die meisten Länder den Anschein erwecken, als stünde mit dem deutschen Naturschutz alles zum Besten.

Dass dem nicht so ist, zeigt schon der Umstand, dass es bis heute nicht gelungen ist, das »Nationale Naturerbe« (u. a. am Grünen Band) zu sichern. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene kostenlose Übertragung wertvoller Naturflächen aus Bundesbesitz an die Länder oder an Stiftungen ist weiter in der Schwebe.

Das neue Gentechnikgesetz scheint eher zum Durchmarsch genmanipulierter Organismen in der Landwirtschaft zu führen, als das Recht der Bauern und Verbraucher zu sichern, zwischen Pflanzen und Lebensmitteln mit oder ohne Genveränderung frei zu wählen. Hinzu kommen politisch gewollte Rückschritte auf dem Weg zu einer umwelt- und tiergerechten Landwirtschaft. Auch im Gewässer- und Naturschutz weist die Umweltpolitik der Regierung viele Lücken auf. Geschmälert wurden zudem die Beteiligungs- und Klagerechte der Verbände.

## Fazit

Groß war diese Koalition bislang vor allem in Sachen »Klimashow« auf internationaler Ebene. Eher »Klein-Klein« oder »nichts passiert« lautet die Bilanz in anderen wichtigen Bereichen der Umweltpolitik. Hier muss die Bundesregierung deutlich nacharbeiten – zwei Jahre hat sie dafür noch Zeit.